Operation Blackout*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

Beat Gygi (Red. WELTWOCHE)*

Die Klimakonferenz in Glasgow hat die fixe Idee gestärkt, der Ausstieg aus der fossilen Energie sei unumgänglich.

Die gewaltigen Kosten zeichnen sich bereits ab.

An der **Klimakonferenz in Glasgow** haben die fast 200 Delegationen zwar wenig beschlossen, aber das durch die Uno organisierte Kartell der Regierungen konnte doch in weiten Kreisen, etwa im Finanzsektor, die Auffassung stärken, dass die Staatsgewalt unter dem Motto «Klima» und «Pariser Ziele» fast **beliebig in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen** könne.

40 000 Mitgereiste dienten zur Bekräftigung der Botschaft. Die Folgen zeigen sich schon im Kleinen. Vorige Woche teilte die Stadt Wetzikon mit, sie erhöhe die Gastarife für die Bezüger auf Anfang 2022 um 66 Prozent. Nötig sei das geworden, nachdem sich in den vergangenen Monaten die Erdgaspreise auf dem Grosshandelsmarkt verdreifacht hätten. Hinzu komme die vom Bund beschlossene Erhöhung der CO2-Abgabe im Zuge der Energiestrategie 2050. Für ein Einfamilienhaus werde sich der Gasbezug wohl um etwa achtzig Franken pro Monat verteuern.

So spielt halt der Markt, kann man sagen. Die Preise für Erdöl, Erdgas und Kohle, damit verbunden für Strom, ergeben sich aus Angebot und Nachfrage. Die jüngsten Notierungen erinnern an frühere Hochpreisphasen, wenn auch nicht gerade an das Maximum von 2008, als der Ölpreis 140 Dollar pro Fass erreichte (heute gut 80 Dollar). Jetzt ruft die Konjunkturerholung nach der Corona-Krise auf der ganzen Welt nach mehr Energie. Hinzu kommt das kalte Jahr, das die Nachfrage verschärft; viele erwarten einen harten Winter.

Die Kostenwelle rollt an. Was die Weltbank in ihrem jüngsten Rohstoffausblick von Ende Oktober zeigt, ist eine Art Explosions-Skizze: **Um die 80 Prozent sind die Rohstoff- und Energiepreise dieses Jahr im Durchschnitt gestiegen**. Das dürfte laut Chefökonom Ayhan Kose bis weit ins Jahr 2022 hinein einen Inflationsdruck erzeugen und auf das Wachstum der rohstoffimportierenden Länder drücken – etwa der Schweiz. Der **Erdgaspreis hat sich in Europa 2021 fast verfünffacht, Erdöl verteuerte sich um etwa 70 Prozent, Metalle um fast 50 Prozent.** Und wer mit Bauen zu tun hat, erhält fast wöchentlich die neuen Preislisten für Baustoffe, die heute je nachdem 20 bis 60 Prozent mehr kosten als zu Jahresbeginn. Ist das also das altbekannte Spiel der Märkte? Diesmal einfach mit mehr Schwankungen und Reibungen, weil die Corona-Störungen Lieferketten

zerrissen, Produktionsanlagen blockiert und Transporte erschwert haben?

Hoffnung als letztes Prinzip

Nein, diesmal ist es anders. In den Preissteigerungen steckt bereits die Klimapolitik à la Pariser Abkommen: der Klimaaktivismus von Politikern und Interessengruppen, die Klimastrategien von Unternehmen, die Klimaregulierung der Bürokraten. Die Wetziker Gaspreiserhöhung ist auch eine Folge der steigenden CO2-Abgaben des Bundes.

Und an vielen Stellen treiben Massnahmen zur Treibhausgasreduktion die Kosten in die Höhe. Öl- und Gasheizungen werden mehr und mehr verboten, müssen herausgerissen und durch teurere Anlagen ersetzt werden, die nebenbei auch Streit unter Nachbarn provozieren, weil Wärmepumpen laut sind. **Steigende Benzin- und Dieselpreise fressen immer mehr vom Haushaltsbudget weg**, die schrittweise gesenkten EU-Normen für den CO2-Ausstoss von Autos machen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren vorzeitig zu Schrott, und rot-grüne Behinderungen des Strassenverkehrs machen wertvolle Zeit und gut Laune zunichte.

Es bleibt aber nicht bei nadelstichartigen Kostensteigerungen. Nein, **Klimastrategien,** die aufs Verringern der Treibhausgasemissionen auf netto null 2050 oder irgendwann abzielen, sind eine grundsätzliche Bedrohung für Wachstum und Versorgungssicherheit.

Warum? Chris Iggo, Anlagestratege bei der Axa-Versicherungsgruppe, formuliert es diplomatisch – das muss er als Vertreter eines Konzerns auch –, wenn er die Energiepreissteigerungen mit der Energiewende und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Zusammenhang bringt: Erneuerbare Energien, so seine Analyse, seien noch nicht in ausreichender Menge vorhanden, um die vorherrschende Energiequelle zu sein. Wenn die erneuerbaren Energien bereits in der Lage wären, die zusätzliche Nachfrage zu decken, würden die Preise nicht steigen. Anders gesagt: Die neuen erneuerbaren Energien sind noch viel zu schwach, um der Nachfrage der Wirtschaft zu genügen.

Können denn nicht die traditionellen Energien einfach die Lücke füllen, sodass sich das Angebot der Nachfrage anpasst? Nein, diesmal ist es eben anders. Der explosive Satz bei Iggo lautet: *«Auf der Angebotsseite beginnen Investoren, Kapital aus Öl- und Gasunternehmen abzuziehen, um Technologien in erneuerbaren Energien zu finanzieren.»* Das heisst: Aus dem fossilen Sektor wird Kapital abgezogen, auch wenn die Welt nach Energie hungert. In die sogenannt schmutzige Industrie wird nicht mehr viel investiert, das Kapital fliesst vielmehr in sogenannt saubere Wind- und Solarenergie.

Fritz Vahrenholt, promovierter Chemiker, Honorarprofessor an der Universität Hamburg und zusammen mit dem Wissenschaftler Sebastian Lüning Autor des Buches «Unerwünschte Wahrheiten» (2020), sagt es so: «Wir haben mittlerweile eine Situation, in der kaum noch neue fossile

Vorkommen erschlossen werden.» Die Finanzbranche rühme sich vor allem gegenüber der EU-Kommission ja immer wieder damit, dass Öl-, Kohle- und Gasexplorationen nicht mehr gefördert und nicht mehr finanziert würden.

Tatsächlich hat Brüssel nach dem Beschluss, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, für die Finanzwirtschaft einen riesigen Katalog (Taxonomie) zur Einstufung von Investitionen und Finanzinstrumenten erstellt. Auf Hunderten von Seiten werden all die Finanztitel aufgelistet und mit einer offiziellen Nachhaltigkeitsbewertung versehen. Die Notengebung reicht von gut (Solar, Wind) bis böse (fossil). Daraus folgen Bestrafungen und Belohnungen beim Zins. Die Schweiz macht mit; es ist nun sogar Aufgabe der Finanzmarktaufsicht Finma, die Klimarisiken in den Bilanzen der Firmen zu beurteilen, zu überwachen und zu regulieren. Anbindung ans Uno-Kartell.

Viele Investoren, so Vahrenholt, richteten sich ebenfalls auf diese Linie aus, das erzeuge Druck auf die Rohstoffkonzerne, sich vom Kohlegeschäft zu distanzieren. Und Shell habe für die Exploration eines neuen Gasfelds von der britischen Regierung keine Genehmigung erhalten, weil das nicht in die Klimapolitik passe. So bewegten sich die privaten Energieunternehmen in die klimapolitisch erwünschte Richtung, weg von den Fossilen, die nun vernachlässigt würden. ***«All das bedeutet, dass wir in eine richtig schwere globale Versorgungskrise hineinlaufen», sagt Vahrenholt***. Klar, staatliche Anbieter am Erdölmarkt aus Arabien, China, Russland würden noch investieren, der Rest aber nicht mehr.

Die Klimapolitiker wollen nicht, dass der Markt spielt. Also nicht: neue Energien entstehen lassen, die den alten überlegen sind und sie verdrängen, sondern: die Klimapolitik unter dem Motto «Paris» darauf fixieren, das immense fossile Angebot kaputtzumachen, die traditionellen Energieformen zu blockieren. Daneben belässt man es bei der Hoffnung, dass irgendwann Solar und Wind stark werden mögen – der Ausgang ist völlig ungewiss.

Auch Nahrungsmittel werden teurer

Schaut man auf das Gesamtbild, stellt man fest: **Das ist ein Irrsinn, den man «Operation Blackout» nennen kann**. Die Grafik rechts oben zeigt den Verbrauch der verschiedenen Energieformen in den letzten 25 Jahren. Erdöl (unterster Streifen) deckt rund einen Drittel der weltweiten Nachfrage, Erdgas (Streifen darüber) etwa einen Viertel. Energie aus Kohle (darüber) macht etwas mehr als einen Viertel aus; die fossilen Formen sind also für etwa neun Zehntel der Weltversorgung verantwortlich. Daneben spielen Kernenergie und Wasserkraft eine gewisse Rolle, und nur der alleroberste dünne Streifen in der Grafik zeigt den Anteil der neuen Energieformen wie Solar, Wind und Biomasse. Diese 5 Prozent sollen, so die Vorstellungen des Klimakartells, innerhalb einer Generation zu 90 Prozent werden: vom dünnen Rinnsal zum reissenden Strom.

Deutschland und die Schweiz wollen **sogar noch die Kernkraft abschalten** und sich nur noch an den Strohhalm Solar/Wind klammern. Jetzt hat der Bund gemerkt, dass damit die Gefahr von Blackouts massiv erhöht wird: Im schlimmeren Fall wäre man in der Schweiz ab 2025 pro Jahr fast fünfzig Stunden ohne Strom, im Extremfall 500 Stunden, mit Rationierungen, Winterloch, Betteln um Importe. Unbeirrt war Simonetta Sommaruga in Glasgow für den Ausstieg aus der Kohle, nur das grosse Entwicklungsland Indien hielt an der Konferenz dagegen.

Vahrenholt fügt an, dass mit Blick auf die fossilen Energien ein zentraler Punkt meistens vergessen gehe: **Nahrungsmittelpreise seien an den Ölpreis gekoppelt.** Dünger, Pflanzenschutzmittel, Treibstoffe für Traktoren und Transport, all das beruhe auf Erdöl. Steige der Ölpreis, würden auch die Nahrungsmittel teurer. ***«Was die Klimapolitiker in Glasgow taten, ist im Prinzip, dass sie ein Loch in die Suppenteller der Armen in den Entwicklungsländern schlugen.»*** Es fange bald an, richtig wehzutun.

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 45 (2021)| 18. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : http://www.weltwoche.ch/; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

UN-Klimagipfel : Für Deutschland wird Glasgow ein Desaster*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

==========

Hans Heckel (Red. PAZ)*

Die Politik feiert die Ergebnisse der Weltklimakonferenz als Erfolg für die Welt. Doch es gibt klare Sieger und Verlierer.

Für Letztere ist das Resultat verheerend.

==========

Die Abschlussreden des zweiwöchigen UN-Klimagipfels In Glasgow strahlten von Zufriedenheit. *„Es geht voran, alles wird gut“*, jubelte auch eine große deutsche Tageszeitung.

Dass Industrieländer ihre „Klimaschutz“-Investitionen auch in anderen Staaten, etwa in Entwicklungs- und Schwellenländern, tätigen können, um auf diese Weise ihre Klimabilanz zu verbessern, gilt schon seit sechs Jahren. Doch das Verfahren galt als schwer überprüfbar. In der schottischen Hauptstadt wurde nun ein „Regelbuch“ beschlossen, womit die CO_2-Ausstöße genau gemessen und bilanziert werden können, wie es heißt.

Mit anderen Worten:

Ein an sich falsches System funktioniert in Zukunft vielleicht ein bisschen besser. Falsch aber bleibt es, und zwar von Grund auf. China, Indien und andere Schwellen- und Entwicklungsländer mussten sich auf der Konferenz lediglich verpflichten, sich um weitere CO_2-Reduktion zu „bemühen“. Für Länder wie Deutschland dagegen gelten strenge, klar definierte Zahlen zum Abbau der Emissionen.

Damit ist die Abwanderung großer Industrien forciert worden, von Deutschland in den Fernen Osten, wo China sich die Hände reibt. Nicht nur werden die Energiekosten in Deutschland – ohnehin schon die höchsten der Welt – weiter steigen. Auch wird der halsbrecherische rasante Umstieg von grundlastfähigem Strom aus Kohle oder Atom auf die unsicheren Lieferanten Sonne und Wind die Stabilität der deutschen Stromversorgung untergraben. Gleichzeitig sollen immer mehr E-Autos rollen, was den Strombedarf erhöht, und wir sollen Milliarden an Schwellen- und Entwicklungsländer zahlen, damit diese ihre „Klima-Anstrengungen“ auch finanzieren können.

Wie nach einem verlorenen Krieg

Zusammengefasst:

Die industrielle Basis Deutschlands wird untergraben, Abwanderung von Industrie in Länder mit billigerem und vor allem weiterhin zuverlässigem Strom ist vorherbestimmt. Und diesen Aderlass sollen die Deutschen auch noch selbst bezahlen, solange sie bis zur Zerrüttung ihrer immer noch stolzen Industrie dazu in der Lage sind.

Manch Beobachter fühlt sich angesichts von Glasgow an einen Diktatfrieden nach einem verlorenen Krieg erinnert, an Demontagen und Zwangszahlungen („Reparationen“), die mit Kriegsschuldbehauptungen gerechtfertigt werden. Das Absurde besteht darin, dass es unsere eigenen Regierungen sind, die ihre Völker wie einst Besiegte dastehen lassen.

Klima-Aktivisten sind tatsächlich in eine verräterische Rhetorik verfallen, die solche Vergleiche stützt. So sprach Greta Thunberg unlängst von der *„historischen Schuld“*, die Deutschland auf sich geladen habe. Womit? Sei meint damit allen Ernstes die Industrialisierung, die

seit dem frühen 19. Jahrhundert alle klassischen Industrienationen erfasst hatte.

Dass Wohlstand, Gesundheit oder Freiheit der Lebensgestaltung, wie wir sie heute genießen, ohne diese Pionierleistungen nie denkbar gewesen wären, vergräbt Thunberg unter ihrer Schuldzuweisung. Auch verschweigen die Klima-Apokalyptiker, dass noch nie so wenige Menschen (insbesondere gemessen an der Gesamtbevölkerung) in Naturkatastrophen sterben mussten wie in unserer Epoche, ebenfalls ein direktes Ergebnis der Errungenschaften des hart erarbeiteten industriellen Fortschritts.

Die Klima-Apokalyptiker legen es darauf an, Angst in die Herzen der Menschen zu pflanzen und ihnen aberwitzig begründete Schuldkomplexe einzureden. Warum tun sie das? Weil sie (oder ihre Stichwortgeber) wissen, ***dass Schuldgefühle und Angst zwei Treiber sind***, mit denen man Menschen und ganze Gesellschaften schon seit jeher gefügig machen und vor sich her jagen konnte.

Dahinter sind unschwer nationale Ziele (wie im Falle Chinas und anderer), schlichtes Streben nach Macht über die Menschen und nicht zuletzt massive finanzielle Interessen zu erkennen. Und unsere Politik schreitet vorneweg.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 19. November 2021, S.1; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Hans Heckel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

==========

Raus aus dem Energiewahnsinn*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

==========

Roger Köppel (Editorial WELTWOCHE Zürich)*

Die Benzinpreise schiessen durchs Dach. Die nächste Steigerung droht. Autofahren wird immer teurer. Können es sich bald nur noch die Wohlhabenden und die Reichen leisten? Mobilität ist Freiheit. Diese Freiheit ist in akuter Gefahr.

==========

Mobilität ist Freiheit. Diese Freiheit ist in akuter Gefahr.

Aber nicht nur die.

Unsere Regierungen scheinen uns an den Gedanken gewöhnen zu wollen, dass wir auf ein Zeitalter ohne Energie zusteuern. Es wird schon fast achselzuckend als unvermeidliche Fügung des Schicksals akzeptiert. ***Schweizer Zeitungen geben ihren Lesern Tipps, wie man ohne Strom kochen und leben kann.*** Vergesst nicht, genügend Kerzenvorräte anzulegen.

Wie romantisch.

Es ist, nüchtern betrachtet, der nackte Wahnsinn.

Wir sind dabei, industriellen Selbstmord zu begehen. Und niemand will für den Energiemangel verantwortlich sein. Politik und Wirtschaft schieben sich den Schwarzen Peter zu. In der Schweiz sagt Bundesrätin Simonetta Sommaruga, sie könne auch nichts dafür, wenn die Konzerne nicht mehr in Kraftwerke investieren.

Die Industrie hält dagegen, etwa Axpo-Chef Christoph Brand. Politische Entscheidungen hätten den Ausschlag gegeben, dass sich viele Energie-Investitionen nicht mehr lohnen.

Wer hat recht?

Christoph Brand hat recht. Die Industrie wird zu Unrecht attackiert. Es grenzt an Hohn, wenn die gleichen Politiker, die vor zehn Jahren den kopflosen, überstürzten Ausstieg aus der Kernkraft befohlen haben, nun so tun, als hätten sie rein gar nichts mit dem Versorgungsdebakel zu tun, dessen Auswirkungen in den Konsumentenpreisen längst zu spüren sind.

Nennen wir es Planwirtschaft ohne Plan. Der Staat hat durch sein Reinpfuschen in die heiklen, austarierten Gleichgewichte einer einst

funktionierenden Energie-Industrie allerlei unerwünschte, eben typisch planwirtschaftliche Nebenwirkungen hervorgerufen.

Zum Beispiel soll der Ausstieg aus der fossilen Energie erzwungen werden. Öl, Erdgas und Kohle stehen auf der Abschussliste der Politiker. Da man gleichzeitig die klimafreundliche Kernkraft abstellt, **hat niemand eine Ahnung, woher der Strom dereinst kommen soll.**

Ach ja, weil die Staaten den Personenverkehr zwangselektrifizieren wollen, treiben sie die Nachfrage nach Strom, den es nicht geben wird, massiv noch weiter nach oben.

Selbstverständlich geraten die Benzinpreise ausser Rand und Band, wenn die Staaten alles tun, um den Unternehmen das Geschäft mit dem Erdöl zu vermiesen. Das Angebot geht zurück, die Nachfrage zieht wieder an, die Preise gehen durch die Decke.

Wie weiter?

Wir müssen raus aus dem verfehlten, selbstverschuldeten Energiewahnsinn. Der Zusammenbruch unserer Energieversorgung ist nicht Science-Fiction. Es ist das realistische Szenario, wenn wir nicht Gegensteuer geben. Die Folgen, auch die sozialen, wären verheerend.

Die Schweiz hat mit ihrer direkten Demokratie einen Vorteil. Die Dummheiten der Politik kommen schneller ans Licht. Bereits melden sich alarmiert die Unternehmer. Sie sind die Wachrüttler des energiepolitischen Himmelfahrtskommandos in Bundesbern.

Der Schweizer Kernkraftausstieg ist umgehend aufzuheben. Wir müssen die Energieversorgung deblockieren, entfesseln, befreien aus den Klauen der Klima-Ideologen. Technologie- und faktische Forschungsverbote darf es nicht geben.

Zum Beispiel: Im radioaktiven Müll stecken ungeahnte Energiereserven. Sie müssen erst noch gehoben werden. Europa hat sich aus der Forschung verabschiedet, die Chinesen wiederum machen mit Hochdruck vorwärts. Wollen wir diese Zukunftsfelder einfach preisgeben?

Es gilt, den industriellen Selbstmord zu verhindern. Die Bürgerlichen sind gefordert. Sonntagspredigten über eine bessere Zusammenarbeit sind schön. Mal sehen, wie ernst sie es meinen. Bald können die Prediger den Tatbeweis erbringen.

Bis jetzt stand die SVP allein. FDP und Ex-CVP, heute «Die Mitte», machten mit beim Kernkraft-Ausstieg. Auch die Medien bejubelten den Blindflug. Kommt jetzt Einsicht?

Es ist Zeit für Realismus. Die **Rückkehr zur Energie-Vernunft** ist das grosse Gemeinschaftsprojekt der Bürgerlichen. Nach Jahren eitler Grabenkämpfe könnten sie endlich wieder zusammenfinden. **R. K.**

==========

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 45 (2021)| 11. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Roger Köppel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : http://www.weltwoche.ch/; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

==========

Alles wird gut : Die Propagandamaschine der Klima-Alarmisten …)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

==========

*James Delingpole**

Die Propagandamaschine der Klima-Alarmisten wird übermächtig.

Dabei gibt es allen Grund für Zuversicht.

==========

„Wie stoppen wir das?“, fragt der Spiegel auf dem Titelbild seiner aktuellen Ausgabe, im Hintergrund eine ausgetrocknete, rissige, schlimm aussehende Erdkugel, von der rechts unten ein ganzes Stück fehlt. «Der Planet kollabiert», wird uns verkündet, als wäre es eine unstrittige Tatsache und nicht eine hysterische Spekulation.

Genau so verfahren alle anderen Mainstream-Medien. Von der *New York Times*bis zum *Guardian*– die Botschaft ist immer die gleiche: Die Welt steuert ihrem Untergang entgegen, es ist alles unsere Schuld, und die Uno-Klimakonferenz in Glasgow ist buchstäblich unsere allerletzte

Chance.

Wissen Sie, wie viel eine derart flächendeckende Propagandakampagne kostet? Das ist unmöglich, zu beziffern. Das menschliche Gehirn kann sich solche Zahlen nicht vorstellen. Dennoch habe ich **Benny Peiser** (früher Mitglied bei den deutschen Grünen, heute Mitarbeiter bei der klimaskeptischen Global Warming Policy Foundation) gebeten, die jährlichen Ausgaben der globalen Klimaindustrie zu schätzen.

«Gigantische Summen»

«Sieben Billiarden?», sagte er spontan, was nur halb scherzhaft gemeint war. «Wo soll man anfangen?» Die Gehälter der ganzen Akademiker, die die Klimaagenda vorantreiben, die zuständigen Beamten, die Steuergelder, die für Subventionen aufgewendet werden, die Investitionen der Unternehmen. «Es sind gigantische, schlicht unvorstellbare Summen.»

Und hier haben wir das Grundproblem der Klimaindustrie: Dieser Komplex ist unterdessen so mächtig geworden, dass er nicht mehr zurückgedrängt werden kann. Dieser gigantische Apparat, unempfänglich für Logik oder Kosten-Nutzen-Analysen, **ist ein Koloss, der alles gnadenlos plattmacht und mit seinen schrillen Anklagen die Stimmen vernünftiger, anständiger, kenntnisreicher Wissenschaftler übertönt**, die sachlich, mit Augenmass und mit Fakten über das Thema diskutieren wollen.

Im Laufe der Jahre habe ich mit vielen dieser Leute gesprochen – mit den Physikern William Happer und Richard Lindzen, mit Fred Singer, mit dem Geologen Ian Plimer. Sie alle sind (oder waren) anerkannte Experten und herausragende Vertreter ihres Fachs. Alle wurden von ihren Kollegen und den Institutionen marginalisiert und von den Medien weitgehend ignoriert, weil ihre hoffnungsvolle Botschaft einfach nicht zum modischen Katastrophennarrativ passt.

Wie lautet ihre Botschaft? Ganz einfach: Die Erderwärmung (beziehungsweise «der Klimawandel» oder die «Klimakatastrophe» – es werden ja immer neue Begriffe eingeführt) **ist in Wahrheit kein Problem. Sie existiert als Bedrohung nur in Klimamodellen, die inzwischen von der Realität weitgehend widerlegt worden sind.**

Grösster Betrug in der Geschichte

Das Gleiche gilt für all die anderen unablässig beschworenen «Umweltbedrohungen» – ***die hilflosen Eisbären, die versinkenden Pazifikinseln, die schmelzenden Gletscher, die Walrosse, die sich in den Tod stürzen, das sterbende Great Barrier Reef, der Plastikmüll im Pazifik, die Versauerung der Meere, die schmelzenden Polkappen, die beispiellosen Waldbrände, das Artensterben und so weiter.***

Keine einzige dieser Horrorgeschichten hält einer kritischen Überprüfung stand. Es ist alles grüne Propaganda, die in der Öffentlichkeit ein

Klima von Angst erzeugen soll, damit gewisse Interessengruppen hübsche Profite aus den kostspieligen Lösungen für diese imaginären Probleme ziehen können.

Seit fast zwanzig Jahren verfolge ich diesen ungeheuren Skandal, **den grössten wissenschaftlichen Betrug in der Geschichte der Menschheit**. Und immer wieder überrascht und erschreckt es mich, wie unverwüstlich die grosse Lüge ist. Als ich beispielsweise **2009** bei der Aufdeckung des **«Climategate»-Skandals** mithalf (die Wissenschaftler im Zentrum der globalen Klimaindustrie hatten alle möglichen schmutzigen Tricks angewendet), stellte ich mir vor, dass dieser unglaubliche Schwindel unter der Last der Beweise zusammenbrechen würde.

Doch die Betrüger sind ebenso schamlos wie raffiniert. Sie geniessen die Unterstützung von Unternehmen, Regierungen und Medien. Unlängst sendete die BBC einen Film zum Thema «Climategate». Doch statt den Hauptverantwortlichen als Betrüger vorzuführen, der die Klimaforschung für politische Zwecke missbraucht, wurde er als Held gezeigt, der von üblen, ignoranten Journalisten gemobbt wird, weil er seinen Job macht.

In den letzten Jahren ist die Wahrheit in Sachen Klima durch eine massive Propagandakampagne praktisch begraben worden – die einen autistischen, zopftragenden Teenager namens Greta ehrfürchtig wie eine Heilige behandelt, während seriöse Wissenschaftler, die ihr Leben der Erforschung dieser Fragen widmen, als Spinner und Sonderlinge abgetan werden.

Noch vor fünf Jahren konnte ich in britischen Zeitungen Artikel über die Sinnlosigkeit von teuren, unzuverlässigen und hässlichen Windrädern veröffentlichen, die eine Gefahr für Fledermäuse und Vögel sind. Doch diese Zeit ist vorbei. In Grossbritannien sind Redaktionen eingeschüchtert durch immer neue ärgerliche Beschwerden von Umweltaktivisten bei der Medienaufsicht, die ihnen oft genug recht gibt. Und angesichts sinkender Auflage sind Zeitungen immer mehr von staatlichen Anzeigen abhängig. Seit der Corona-Krise ist die britische Regierung der wichtigste Anzeigenkunde. Und da Boris Johnson, wie die meisten seiner westlichen Kollegen, die Umweltpolitik massiv ausbaut, will die käufliche Presse nicht zurückstehen.

Johnson war selbst ein ausgesprochener Klimaskeptiker. Als Kolumnist hat er sich oft lustig gemacht über die Absurditäten grüner Ideologen. 2013 etwa schrieb er, dass Windkraftanlagen so schwach seien, dass sie «nicht die Haut von einem Reispudding entfernen können».

Perfekt inszenierte Veranstaltung

Aber seit er Premierminister ist (und seine Instruktionen vermutlich von der globalen Elite bezieht, die hinter der grünen Agenda steht), schlägt er neue Töne an. Seine Eröffnungsrede in Glasgow war beispielhaft für jene unausgegorenen Halbwahrheiten und peinlichen Dummheiten, die der

Klimakomplex so gern verbreitet.

Er leugnete die Errungenschaften der industriellen Revolution (die in erster Linie dafür gesorgt haben dürfte, dass Grossbritannien heute so wohlhabend ist, und ohne die Boris' Vater es sich nie hätte leisten können, seine Söhne auf ein vornehmes Internat wie Eton zu schicken) und verglich die «Kolben und Turbinen und Maschinen» mit einer tickenden bondschen «Zeitbombe», die «das menschliche Leben, wie wir es kennen, für immer auslöschen wird».

Das ist natürlich kompletter Unsinn, und das weiss Johnson auch. Aber darum geht es nicht. **Die Uno-Klimakonferenzen sind pures Theater – perfekt inszenierte Veranstaltungen**, die uns glauben machen sollen, dass immer höhere Umweltabgaben, die vorgeschriebene Verwendung teurer erneuerbarer Energien sowie das Verbot von Benzin- und Dieselautos und Flugreisen nur ein einziges Ziel verfolgen – nämlich die Rettung des Planeten.

Privatjets und Limousinen

Aber das stimmt einfach nicht. Das wahre Ziel der Umweltagenda ist unverändert: Eine parasitäre malthusianische Elite, die die kleinen Leute verachtet, will ihre Gier befriedigen und, ihre Absichten mit wohlklingenden Parolen geschickt tarnend, ihre Macht ausbauen und absichern. Deshalb strömen ihre Vertreter massenhaft in ihren Privatjets und Limousinen zu diesen Umweltkonferenzen, um zu demonstrieren, wie egal ihnen unsere Interessen sind, und um uns daran zu erinnern, dass wir das Volk sind und sie die Herren.

Das Wichtigste, das jeder erkennen sollte, wenn er all die deprimierenden Schlagzeilen liest, die vom Umweltgipfel in Glasgow inspiriert wurden: **Die Wahrheit ist das genaue Gegenteil dessen, was Politiker, Wissenschaftler und Medienhysteriker sagen.** Die Welt stirbt nicht, sondern erfreut sich bester Gesundheit: Der zusätzliche CO2-Gehalt in der Atmosphäre bewirkt eine globale Begrünung – eine Zunahme der Vegetation an Wüstenrändern wie der Sahelzone in Nordafrika. Korallenriffe, die aufgrund von Bleiche abgestorben schienen, haben sich erholt. Die Eisbär-Populationen boomen.

Es gibt viele Dinge, über die man sich im Jahr 2021 Sorgen machen kann. Eine drohende Umweltkatastrophe gehört ganz sicher nicht dazu.

==========

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 44 (2021)| 4. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **James Delingpole** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : http://www.weltwoche.ch/; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

James Delingpole schreibt seit zwei Jahrzehnten über den Klimawandel und die Umweltbewegung. Er ist der Autor von «Watermelons: The Green Movement's True Colors», ein Bericht über die Machenschaften und Motive des Klimaindustrie-Komplexes.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**

==========

Editorial WELTWOCHE*: Die Münzenwerfer von Rom

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

==========

Roger Köppel (Red. WELTWOCHE ZÜRICH)*

Manchmal sagen Bilder mehr als tausend Worte. Zum symbolischen Schlussakt des weitgehend ergebnislosen G-20-Treffens in Rom standen die Staatsoberhäupter zusammen und warfen, wie es sonst nur Touristen, Liebespaare oder Verzweifelte tun, rückwärts über die rechte Schulter Münzen in den berühmten Trevi-Brunnen. Das Ritual soll Glück bringen.

==========

Ich fand die Szene sympathisch. Sie war von bezwingender, vermutlich unfreiwilliger Ehrlichkeit, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen werfen Politiker oft genug mit Geld um sich, das ihnen andere Menschen, die Steuerzahler, gegeben haben. Erfolg ungewiss. Zum andern hat Politik häufig etwas Irrationales. Man tut etwas und hofft, dass es etwas bringt. Erfolg noch ungewisser.

Ich will nicht zynisch klingen. Politik kann auch Staatskunst sein. Es gibt viele beeindruckende und intelligente Politiker. Was wir an ihnen kritisieren, ist nicht selten der Tragik der Umstände und den unglücklichen Nebenwirkungen von Handlungen geschuldet, auf die man sich guter Hoffnung eingelassen hatte, um dann von den unbeabsichtigten Folgen brutal überrascht zu werden.

Es gibt Faustregeln: Zu Leb- und Amtszeiten beliebte Politiker erweisen sich im Urteil der Geschichte oft als die unfähigsten. Nehmen wir eine Bundesrätin Doris Leuthard in der Schweiz. Sie war der Liebling der Medien, in allen Umfragen weit oben. Inzwischen merken die Leute, dass ihre wendehalsige Energiepolitik die Schweiz in ein schwarzes Stromloch stürzen könnte.

Die Münzenwerfer von Rom sind das Sinnbild unserer Zeit. Überall türmen die Staaten Schulden auf. Wir haben auf «Weltwoche daily» von der Europäischen Zentralbank als einer «kriminellen Organisation» gesprochen. Das ist nur leicht übertrieben. Die EZB wirft mit Unmengen von gedrucktem Geld um sich, um damit den Staaten das Schuldenmachen zu erleichtern. Viele halten das für einen Verstoss gegen die Regeln und Gesetze, auf denen die EZB errichtet wurde.

Ein besonderes Spektakel des Münzenwerfens bietet die Klimakonferenz von Glasgow.

Hier sind die Politiker drauf und dran, nicht ein paar Münzen, sondern ganze Ozeane von Geld aufzuwerfen, beziehungsweise den Steuerzahlern abzunehmen, um damit, wie sie sagen, den Planeten Erde zu retten. Es ist wahrscheinlich das grösste Opfer an Wohlstand in der Geschichte der Menschheit.

Erfolg mehr als ungewiss.

Ich misstraue dieser masslosen Politik der internationalen Konferenzen. Ich fände es am besten, die Schweiz würde sich davon fernhalten, gar nicht erst hingehen. In aller Regel ist für die Menschen ausser Kriegen fast nichts gefährlicher als ein Saal voller Politiker, die davon überzeugt sind, eine wirklich gute Idee zu haben.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Es braucht Konferenzen. Ich finde es richtig, wenn Politiker miteinander reden. Das Gespräch ist ein Instrument der Zivilisation, wenn unter Zivilisation ein Prozess verstanden wird, bei dem sich die Menschen friedlich über Dinge unterhalten, die sie beschäftigen, und über Probleme, die gelöst werden müssen.

Allerdings liegt im Gespräch auch eine Gefahr, und im Gespräch unter Politikern, Regierungschefs zumal, liegt eine besondere Gefahr. Ich meine die Rudelbildung, die kartellmässige Verklumpung von Macht- und Interessengruppen, die an solchen Konferenzen merken, wie sie ihre Interessen gegen andere Gruppen, in diesem Fall die Bürger, besser durchsetzen können.

Klimapolitik ist so ein wunderbarer Macht- und Interessenhebel für die Politik. Klimapolitik bedeutet, dass sich Regierungen grossräumig, global, weltweit gleichschalten, um wirksamer, und das heisst immer: undemokratischer, von oben regieren zu können. Klimapolitik bedeutet mehr Macht für die Politiker, für den Staat und seine Profiteure, aber weniger Macht für die Bürger, die bezahlen und ausbaden müssen, was die Weltklimapolitik über ihre Köpfe hinweg entscheidet.

«Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.» Diesen Satz habe ich während meines Studiums gelesen. Geschrieben hat ihn ein Staatsrechtslehrer, der anhand dieses Satzes die Notwendigkeit und Vernünftigkeit der Diktatur als Staatsform belegen wollte. Diktatoren

brauchen den Ausnahmezustand, den sie selber ausrufen, um ihre Diktatur zu installieren.

In Glasgow ist viel von der «Klimakatastrophe» die Rede. Ohne den Hauch eines Zweifels übernehmen die Medien solche Begriffe. Mit Blick auf die Klimakonferenz war von der «drohenden Auslöschung der Menschheit» die Rede. Die Prediger des Ausnahmezustands sind mitten unter uns, und niemand scheint ihnen widersprechen zu wollen.

Ich masse mir nicht an, es besser zu wissen als all die Wissenschaftler, die aufgrund ihrer Computermodelle überzeugt sind, die Erde werde in spätestens achtzig Jahren verglühen. Aber mir macht die angeblich menschengemachte «Erderhitzung» (noch so ein Alarmwort) entschieden weniger Angst als die Selbstverständlichkeit, mit der Politik und Medien den Ausnahmezustand heraufbeschwören.

Da sind mir die Münzenwerfer vom Trevi-Brunnen viel lieber. Sie lassen immerhin die Interpretationsvariante zu, es könnte ihnen bewusst sein, dass man am Ende eben tatsächlich nie wissen kann, was die eigene Politik bewirkt. Wer Münzen in einen Brunnen wirft, akzeptiert ein höheres Schicksal. Er vertraut auf sein Glück und muss keine Diktatur einführen.

Glasgow ist das Gegenteil des Trevi-Brunnens. Dort sind religiöse Überzeugungstäter am Werk, Missionare des Notstands, Vollstrecker des Ernstfalls, den sie gebieterisch herbeireden. Nie würden sie Münzen in einen Brunnen werfen. Sie glauben nicht ans Schicksal, ihr Mass sind sie selbst, und entsprechend masslos ist ihre Politik.

Aber auch aus Glasgow gibt es tröstliche Bilder.

*Auf einem sehen wir **US-Präsident Joe Biden, friedlich schlafend während einer Sitzung.** Wenn der mächtigste Mann der Welt an einer Konferenz zur Rettung des Planeten ein Nickerchen macht, kann die Menschheit nicht verloren sein.* **R. K.**

==========

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHE Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 44 (2021)| 4. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHE und dem Autor **Roger Köppel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : http://www.weltwoche.ch/; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

==========